

Wahl: Ein Sieg der Herrschenden

Das Ergebnis der Nationalratswahl scheint widersprüchlich: das breite Unbehagen an der Politik der Herrschenden zeigt sich paradoxerweise genau in der offensichtlichen Betsättigung ihrer Politik. Doch die Nebelmaschinen der Rechten werden ihre reale Politik nicht lange verhüllen. Höchste Zeit also, jetzt schon konsequente linke Antworten zu organisieren

Seite 2

Deutschland nach den Wahlen

Der Bundestagswahlkampf in Deutschland war extrem langweilig. Doch er endet mit einem politischen Erdbeben und ersten Protesten gegen die AfD. Die Linkspartei hätte das Potential, um die Rechten zu stoppen, doch der Zug zum „Mitgestalten“ schwächt sie politisch. Eine Analyse von Wolfram Klein von der Sozialistischen Alternative SAV aus Stuttgart.

Seite 12

Schwerpunkt

Die Industrie stirbt. Oder wird als Industrie 4.0 erneuert. Die Beschäftigten kommen dabei unter die Räder. Und kann mit neuer Technologie eine Krise verhindert werden?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 262 | 10/11.17

Klassenkampf gegen Rechtsruck und Sozialabbau!

Die Wahl ist geschlagen. Was die neue Regierung bringen wird ist relativ klar: Kürzungen bei Krankenhausbetten, Sozialleistungen und Unfallversicherung, eine Schwächung von Kollektivverträgen und Gewerkschaften und Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Es wird mehr Abschiebungen und weniger Rechte für MigrantInnen geben obwohl dadurch kein Job geschaffen wird.

Es wird (und zwar egal in welcher Kombination) eine Regierung der Banken und Konzerne sein. Wirtschaftskammer und

KapitalistInnen, weg mit Schutz für Beschäftigte und Umwelt. Das Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen zu erhöhen. Das geht auf Kosten der Beschäftigten. Nur weil's der Wirtschaft gut geht, geht's uns noch lange nicht gut. Tatsächlich sinken die Reallöhne auch heuer trotz Wirtschaftswachstums.

Im Jahr 2000 gab es heftigen Widerstand gegen die blau-schwarze Regierung. Auch heute haben viele – zu Recht – Angst vor dem was kommen wird. Damals haben wir nur demonstriert, das war zu wenig.

Wir brauchen keine Regierung der Reichen, sondern höhere Löhne, niedrigere Mieten und gleiche Rechte für Alle!

Industriellenvereinigung rühren seit Monaten die Werbetrommel für ihre Wunschliste. Und die bedeutet freie Hand für

Die Regierung vertritt das System der Reichen, sie betreiben schon lange Klassenkampf von oben. Schlagen wir endlich zu-



rück! Die Gewerkschaft muss aufhören mit ihrem Kuschelkurs. Die Sozialpartnerschaft ist längst tot, wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Die Metaller fordern +4%, der Sozialbereich + 150 Euro – das zu erkämpfen ist die beste Basis, um die kommenden Angriffe zurückschlagen. Und wir brauchen endlich eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche. Diese kann im Zuge

der kommenden Kämpfe entstehen.

Die neue Regierung wird sich mit Widerstand gegen ihre Politik konfrontiert sehen. Vielleicht nicht sofort, vielleicht nicht in Massen. Aber es wird hier und dort Proteste geben, die es zusammen zu führen gilt. Sei wütend, aber sei nicht frustriert. Wehr dich und organisier dich. Komme zur SLP und kämpfe mit uns für ei-

ne gerechte Gesellschaft und für eine neue ArbeiterInnenpartei!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Organisieren wir uns in Schulen, Betrieben und Stadtteilen, um die Angriffe zurück zu schlagen.
- Für einen bundesweiten Aktionstag für höhere Löhne, niedrigere Mieten und zur Verteidigung der Kollektivverträge.

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Die Krise der SPÖ ist so tief wie nie seit ihrer Gründung vor 129 Jahren. Nach inoffiziellen Zahlen hat die Partei inzwischen weniger als 100.000 Mitglieder – von über 700.000 Ende der 1970er. Nicht einmal vor der Wahl hielt man zusammen, danach brechen die Konflikte noch offener auf. Begeisterung sieht anders aus, Durchhalten ist das Motto.

Noch ist die SPÖ bundesweit noch nicht dort, wo ihre griechische Schwesterpartei Pasok ist, nämlich bei unter 10%. Die Hoffnung mancher, die SPÖ würde in der Opposition wieder nach links gehen, ist nicht mehr als Wunschdenken. Bisher ist das niemals geschehen, sogar unter blau-schwarz hat die SPÖ allen Verschärfungen im Fremdenrecht zugestimmt. Und Doskozil & Co. versuchen es schon jetzt mit der FPÖ-Linie.

Die Krise der SPÖ ist nicht das Ergebnis schlechter Wahlergebnisse oder Wahlkämpfe, sondern die-

Die immer tiefere Krise der SPÖ

se sind Ausdruck für die Krise der SPÖ. Bürgerliche Kommentatoren sehen die Ursache der SP-Krise im Erreichen ihrer Ziele. Doch die Ursache liegt nicht im Erreichen, sondern im Abgehen von ihren Zielen. Weil sie eine durch-und-durch kapitalistische Partei geworden ist. Die Krise der SPÖ wird weitergehen, auch weil das Angebot an bürgerlichen Parteien groß ist. Was aber fehlt, ist eine echte ArbeiterInnenpartei. Die SPÖ ist das schon lange nicht mehr, auch wenn sie eine Schicht von WählerInnen noch halten kann, die sie wegen ihrer früheren Rolle (und in Hoffnung, dass diese vielleicht wieder kommt) noch wählt. Die Linken in der SPÖ machen sich des Vergehens schuldig, dieser neoliberalen Partei ein soziales Mäntelchen umzuhängen, anstatt sich am Aufbau der so dringend nötigen neuen linken Kraft zu beteiligen. Die Krise der SPÖ wird sich erst durch ihre Auflösung in der Bedeutungslosigkeit lösen – und im Aufstieg einer echten, sozialistischen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Wahlen: Ein Sieg der Herrschenden

Der 15.10. war kein guter Tag. Es wäre jedoch verkürzt, die Wahlen nur als Rechtsruck zu sehen. Tatsächlich haben die Parteien, die den

wandelnde Tote, ihre Krise ist nicht vorbei. Über 40% von ihren WählerInnen wählen diese hauptsächlich wegen des Spit-

und NichtwählerInnen Kern wählen.

Ergebnis scheint widersprüchlich – Höchste Zeit, konsequente linke Antworten zu organisieren!

aggressivsten Rassismus und die autoritärste Politik vertreten – ÖVP und FPÖ – massiv gewonnen. Zum Gutteil kamen deren Stimmen aus der Konkursmasse von Stronach und BZÖ. Kurz' türkis lackierte ÖVP konnte von einer weit verbreiteten Stimmung profitieren, die „Business as usual“-Politik ablehnt – aber keine linke Alternative sieht. ÖVP und SPÖ sind

zenkandidaten, bei der FPÖ taten dies nur 5%. Die FPÖ hat mittlerweile eine starke StammwählerInnenenschaft und blieb selbst dort, wo sie Kürzungspolitik umsetzt stabil. Doch für den Platz 1, auf dem Umfragen lange sahen, reichte es nicht. Die SPÖ konnte ihr ohnehin katastrophales Ergebnis nur halten, weil aus Angst vor Schwarz-Blau viele Grün-

Unsichere Zeiten stehen bevor. Widersprüchliche Prozesse, zwischen Wünschen nach Veränderung und Angst vor Verschlechterungen, überlagern sich. Die Nebelmaschinen der Rechten werden ihre reale Politik nicht ewig verhüllen können. Nur konsequenter Widerstand gegen ihre arbeiterInnenfeindliche Agenda wird die Verhältnisse ändern können. Das erfordert konkrete Aufbauarbeit in Betrieben, Straßen und Bildungseinrichtungen, nicht nur nette Bilder auf Facebook. Und auch einen tatsächlichen Bruch mit den Parteien des „kleineren Übels“, die uns erst in diese Lage gebracht haben.

Sebastian Kugler

Pilz: In den Fußstapfen der Grünen?

Die Grünen haben den Preis für ihre angepasste, von PR-Agenturen durchdesignte Politik gezahlt. Pilz hat aber nur einen Teil seiner Stimmen von Ex-Grünen bekommen. Die meisten Pilz-WählerInnen wählen ihn, weil er ein klares Anti-Establishment-Image hat. Die Anlehnung an die FPÖ durch Hetze gegen Muslime hat nichts gebracht: Pilz bekam kaum Stimmen von FPÖ-WählerInnen. In gewisser Weise zeigt der Erfolg von Pilz das Potenti-

al, das eine Linke hat, die sich gegen die Mächtigen stellt. Pilz wird es nicht nützen: Die Hauptanliegen der Liste kreisen um die Interessen von kleinen und mittelgroßen UnternehmerInnen. Er setzt nicht darauf, Betroffene von Kürzungspolitik, Rassismus und Sexismus zu organisieren und eine Alternative von unten aufzubauen. Genau das braucht es aber, statt einer mittelständlerischen Heilsbringerpolitik.



SPÖ: Kein Kurswechsel in Sicht

Die SPÖ hat eines der schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte erzielt. Der Kuschelkurs mit der FPÖ hat nichts gebracht, im Gegenteil: im Rot-Blauen Burgenland hat die SPÖ am stärksten verloren.

Auf ein Umdenken brauchen wir jedoch nicht zu hoffen. Realpolitisch gibt es zwischen Kern und Doskozil kaum Unterschiede. Die Wiener Partei ist dagegen kein „linkes Bollwerk“:

Sie bereitet mit ihrer Kürzungspolitik vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich der FPÖ den Weg. Eine Gewerkschaftssekretärin meinte letztes zu uns: „Wenn es eine Gewerkschaftspartei gäbe, würd ich sie wählen“ – Die SPÖ ist dies schon lange nicht mehr. Höchste Zeit, dass wir uns als GewerkschafterInnen aus ihrer Todesumarmung lösen und so eine Partei aufbauen!



Gesundheit in Wien unter Beschuss

Wenn sich die Wiener „Oppositionsparteien“ ÖVP, FPÖ und Neos über die rot-grüne Stadtregierung empören, ist das schein-

Wenig überraschend passiert das auch beim Krankenhaus Nord. Schon vor sechs Jahren haben wir vor dem Wiener „Spitalskon-

spüren wir schon die Auswirkungen: Immer längere Wartezeiten auf Operationen, Gangbetten, überfüllte Ambulanzen, Jobab-

fe des Pflegepersonals auf. Wo ist die Gewerkschaft? Die hängt am Gängelband der SPÖ, sie hält den Deckel drauf oder organisiert harmlose Aktionen, damit nachher wieder Ruhe ist. Derzeit verschaffen sich ÄrztInnen Gehör – zu Recht. Doch Kampf ist nötig im gesamten Gesundheitswesen. Streik ist möglich, denn es geht um die PatientInnen, die einbezogen werden müssen. Nicht mit Ständesdünkel, sondern mit Solidarität können Kämpfe auch gewonnen werden. Die Berliner Charité hat es vorgezeigt. PatientInnen und Beschäftigte gemeinsam können das nötige Geld erkämpfen und haben die besseren Konzepte als neoliberale „Experten“, die nur kürzen wollen.

Helga Schröder

Wiener Krankenanstalten: Milliarden für Unternehmen, Burn-out für Beschäftigte, Gangbetten für PatientInnen.

heilig. Rot-Grün in Wien macht, was die neoliberalen Empörer fordern und tun: Sparen und Kürzen im öffentlichen Gesundheitswesen und Privatisieren. Im Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) wird einerseits gespart. Andererseits gibt es Megaprojekte, mit denen Unternehmen Riesenprofite machen, in denen Korruption droht, deren Kosten explodieren.

zept 2030“ gewarnt, das die Schließung von fünf Spitälern und stattdessen das Krankenhaus Nord vorsieht. Die „Konzentration“ solle das Gesundheitswesen effektiver machen. Tatsächlich ist es eine Umverteilung: Weg von PatientInnen und Beschäftigten hin zu Firmen, die von Milliardenaufträgen für das Krankenhaus Nord profitieren. Mittlerweile

bau, Kostenexplosion beim Krankenhaus Nord...

Gute Gesundheitsversorgung gibt es nur für Reiche in Privatkliniken und privaten Ordinationen. Neben PatientInnen leiden die Beschäftigten, die schlecht bezahlt immer größeren Belastungen ausgesetzt sind, weil es zu wenig Personal gibt. Fünf Spitäler sind geschlossen. Immer wieder flammen Kämpf-

Alle Parteien kürzen bei der Gesundheit

4,75 Milliarden will die FPÖ laut ihrem Programm in der stationären Behandlung kürzen. Damit ist sie aber nicht alleine, sämtliche etablierten Parteien reden über „Bettenreduktion“ und „Senkung auf EU-Durchschnitt“. Warum Menschen im Spital sind, wer sie nach Entlassung pflegt und über Alternativen redet niemand. Auch im ambulanten Bereich will niemand investieren, sondern alle privatisieren.

Die Grippewelle 2016/17 hat zu katastrophalen Zuständen geführt. Schwerkranke wurden unter menschenunwürdigen Bedingungen in Gangbetten gelegt. In Wiens Spitälern gibt es immer wieder zu wenig freie Betten für Frühgeborene. Aufgrund von Personalengpässen mussten schwangere Patientinnen in Notfällen vom Wilhelminenspital ins AKH transferiert werden. Im SMZ Ost gibt es keine HNO-Versorgung am Wochenende mehr.

Per Brief wurden im Vorjahr AbteilungsleiterInnen des KAV Einsparungen in der Gesamthöhe von 24 Millionen, und Sofortmaßnahmen mit 10% Einsparung ihrer Ausgaben angeordnet. 886 Millionen Euro sollen mit Verweis aufs Stadtbudget bis 2020 gekürzt werden. Es wurden Vorschläge zu ausgabenorientierten Kürzungen verlangt. Heuer wurden Sparpläne um 20% berichtet, wovon dann verbal zurückgerudert wurde.

2011 behauptete die damalige Stadträtin Wehsely jährlich 28 Millionen Einsparung durch das „Spitalskonzept 2030“. Die Kosten für das Krankenhaus Nord wurden mit 825 Millionen € genannt. Heuer war bereits von Kosten von 1,1 Milliarden die Rede und zuletzt wurden 1,29 Milliarden vom KAV berichtet, inklusive Zinsen liegt die Schätzung bei 1,5 Milliarden. Die Eröffnung ist verschoben, weitere Kosten möglich.

Der rechte Rand

Der ÖVP-Spitzenkandidat Kurz wahlkämpft nach rechts: So fordert er „eine Obergrenze für Flüchtlinge von null“ und droht einkommensschwachen Eltern mit der Streichung der Mindestsicherung für ihre Kinder.

Wie der Spitzenkandidat so die Partei. Der ÖVP-Bauernbund organisierte ein Erntedankfest im Wiener Augarten als Kurz-Wahlkampfevent für 10.000 BesucherInnen. Teile des Augartens wurden lange vor der Veranstaltung für die Öffentlichkeit gesperrt, um die Bühne aufzubauen. Dabei verschwand auch der Schriftzug „Never Again“ vom Flakturm. Dieses Graffiti sollte an die Schrecken des 2. Weltkriegs erinnern, der ÖVP passte das nicht.

Im niederösterreichischen Haus der Geschichte hängt ein Portrait des austrofaschistischen Diktators Engelbert Dollfuß, eine Dauerleihgabe des ÖVP-Parlamentsklubs. Die ÖVP hängt sehr an Dollfuß. Die Partei hält ihn nämlich für den Verhinderer einer „radikalen kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Vorbild“.

Kurz ist Präsident der politischen Akademie der ÖVP. Bernhard Löhri, Ex-Direktor der selben Einrichtung, warf Kurz in einem Kommentar für „Die Presse“ eine Rechtsverschiebung der Akademie und „Verkürzung auf ein reaktionär-konservatives Weltverständnis“ vor. Löhris Artikel war eine Reaktion auf antisemitische, sexistische und behindertenfeindliche Postings durch ÖVP-Funktionäre an der Uni Wien. Unter anderem wurden Fotos von Aschehauften mit der Unterschrift „Nacktfotos von Anne Frank“ gepostet.

Die ÖVP mag nicht rechtsextrem sein, doch haben Rechtsextreme durchaus Platz in ihr.

Tilman M. Ruster

Im September erlebte die Welt eine Premiere. Zum ersten Mal in der Geschichte Britanniens lassen sich MitarbeiterInnen von McDonald's die Arbeitsbedingungen nicht mehr gefallen. Am 4.9. legten in zwei Filialen 40 Beschäftigte die Arbeit nieder. Gegen den niedrigen Lohn von weniger als 11 Euro pro Stunde, gegen den „Null-Stunden-Vertrag“, der für unregelmäßige Arbeitszeiten und unregelmäßiges Einkommen sorgt, wurde gestreikt.

Die aktuelle Kampagne „Fast Food Rights“ kämpft und organisiert KollegInnen. Die Kampagne ist getragen von einer kämpferischen Gewerkschaft, in der auch AktivistInnen der

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

Socialist Party (CWI in England) eine wichtige Rolle spielen. Es ist ein Kampf, der sehr an „David gegen Goliath“ erinnert und „Mc Strike“ setzt daher zu Recht auf internationale Unterstützung. (www.fast-foodrights.wordpress.com).

Auch in Österreich stehen KollegInnen im Handel vor einer ähnlichen Situation: Kaum bezahlte Überstunden. Vollzeitkräfte arbeiten oft bis zu 60 Stunden in der Woche. Durchschnittlich werden etwa 9 Euro/Stunde ausbezahlt.

Der linke Vorsitzende der Labour-Partei, Jeremy Corbyn, unterstützt diesen Protest sehr aktiv. Er rief v.a. junge Menschen dazu auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren und diesen Protest zu unterstützen. Corbyn, der für eine andere Labour Party steht als die Parlamentsfraktion, macht, was nötig ist: Kämpfe der ArbeiterInnen unterstützen. Von der SPÖ ist das nicht zu erwarten, sie steht auf Unternehmensseite.

Simon Salzmann



Klassenkampf im Sozialbereich

Mickrige 1,3% Lohnerhöhungen und ergebnislose Arbeitsgruppen zu Arbeitszeitverkürzung

„promente Reha“: Sie geben die Kürzungen an die Beschäftigten weiter. Viele KollegInnen zeigen

zung auf 35 Stunden/Woche und eine Abgeltung der neuen Kompetenzen in den Pflegeberufen nach der GuKG-Novelle – wenigstens auf dem Papier erkennt die GPA-djp, welche ersten Schritte nötig sind.

Doch wir brauchen eine klare Absage an faule Kompromisse: Keine neuen Flexibilisierungen, Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn und Personalausgleich und mindestens €150 mehr für alle Verwendungsgruppen, damit die unteren nicht durch die Finger schauen.

Um das zu erreichen, müssen wir uns in den Betrieben organisieren. Wir wollen in die Verhandlungen demokratisch eingebunden wer-

den. Zuerst sollten daher Betriebsversammlungen organisiert werden, um die Forderungen zu diskutieren und erste Aktionen wie eine Demo zur Übergabe des Forderungskatalogs zu planen. Kampfmaßnahmen wie Streiks, die schon oft angedroht wurden, müssen vorbereitet werden, damit sie, wenn nötig, umgesetzt werden können. Verhandlungsergebnisse sollten Urabstimmungen in den Belegschaften unterzogen werden. Eine solche Kampagne würde das Selbstvertrauen der Belegschaften heben. Das wird auch nötig sein, um kommende Kürzungen im Sozialbereich zurückzuschlagen.

Flo Klabacher,
Behindertenbegleiter

Eine offensive Kampagne ist nötig – als Warnschuss für die kommende Kürzungsregierung.

– das war 2017 der miese Verhandlungs„erfolg“ im Sozialwirtschafts-Kollektivvertrag (SWÖ-KV, früher „BAGS“). Die Probleme wie hoher Arbeitsdruck, spontanes Einspringen, Personalmangel, kaum Vollzeitjobs... sind geblieben. Mit guten Argumenten alleine erreichen wir nichts. Im Gegenteil, die Vereine versuchen, den KV zu unterwandern, wie bei

aber immer wieder, dass sie für ihre Rechte und für Verbesserungen kämpfen würden. Dieses Potential will die ÖGB-Führung offensichtlich weder sehen, noch ausbauen, geschweige denn einsetzen.

Es ist Zeit für eine gewerkschaftliche Offensive für echte Verbesserungen. Lohnabschlüsse über dem Ergebnis der MetalllerInnen (die 4% fordern), Arbeitszeitverkür-

Herbstlohnrunde: Mit Streiks ist viel drinnen!



Mit der Forderung nach 4% Erhöhung im Metallbereich legen die zuständigen Gewerkschaften die Latte hoch. Doch die Wirtschaft wächst, die KollegInnen sehen die Produktivitätssteigerungen und die Aufträge und dass die Gewinne steigen. Zu Redaktionsschluss war offen, wie es bei den MetalllerInnen ausgeht. 2011 war die 4%-Forderung mit einem Streik verbunden, der mit einem mageren Ergebnis die Kol-

legInnen zu Recht enttäuscht zurückließ.

Nun wurden flächendeckend Betriebsversammlungen abgehalten. Es wurde informiert und unzählige Fotos mit 4%-Tafeln geschossen. Die Einbindung der KollegInnen darf aber nicht nur symbolisch sein. Echte Verbesserungen werden nur mit härteren Mitteln wie Streiks erreicht. Die Bereitschaft bei den KollegInnen ist da. Betriebsversammlungen müssen dazu genützt wer-

den, diese Arbeitskämpfe vorzubereiten, statt nur in sozialpartnerschaftlicher Manier über den Verhandlungsverlauf zu berichten. Jetzt müssen in den Betrieben auf Versammlungen Aktions- und Streikkomitees gewählt werden. Jede Belegschaft muss gemeinsam planen, wie ein Streik in ihrem Betrieb ausschauen soll.

Ein Verhandlungsergebnis einer Urabstimmung unterzogen werden.

Michael Gehmacher

Kämpferischer Wahlkampf der SLP

Bei dieser Wahl geht es für Linke nicht um den Einzug ins Parlament, weil es noch keine starke und breit aufgestellte Kraft gibt. Vielmehr geht es um den Aufbau von Widerstand gegen rechte und neoliberale Politik. Darum war unser Wahlkampf auch „Gegen das System der Reichen“.

Wir waren Teil von vielen kleinen und größeren Bewegungen und Kämpfen. Denn diese sind es, die die Basis für künftigen Widerstand und den Aufbau einer starken Linken bilden.

Ob im Kampf der DruckerInnen gegen die Kündigung ihres Kollektivvertrags oder bei den Protesten der „promente“-Beschäftigten, die sich gegen die Herabstufung ihrer Gehälter gewehrt haben, waren wir da, um sie zu unterstützen. Zur Wahl angetreten sind wir nicht nur in Wien, sondern auch in Oberösterreich, wo wir ebenfalls sehr aktiv und bekannt sind. Doch das war kein Grund, um nicht auch in Salzburg gemeinsam mit AsylwerberInnen gegen ihre Abschiebung nach Afghanistan zu kämpfen oder in Graz gemeinsam mit Aufbruch die ÖVP mit der Umweltzerstörung durch das Murkraftwerk zu konfrontieren.

Die SLP hat als einzige gegen das Wahlkampf-

Event der FPÖ in Wels mobilisiert. Nicht nur dort, sondern auch in Vöcklabruck (OÖ) protestierten wir gemeinsam mit Jugendlichen lautstark gegen den Auftritt von Strache. Wichtig war auch die Kundgebung zum internationalen Tag für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch gemeinsam mit der Initiative „Aufbruch“ in Wien. Auch in Linz hatten wir einige Aktionen gegen Homophobie und Sexismus, die viele junge Betroffene ansprach.

Wahlkampf bedeutete für uns Kundgebungen vor der FH „Soziale Arbeit“ für mehr Geld im Sozialbereich oder vor der Tür der spanischen Botschaft gegen die brutale Repression in Katalonien – gemeinsam mit Menschen, die uns nicht einmal wählen dürfen. Sowohl bei Auftritten in Schulen, als auch mit PolitikerInnen am Podium, hoben wir uns von den etablierten Parteien einerseits dadurch ab, dass wir ihre Fehler und Verbrechen schonungslos anprangerten und andererseits die Leute dazu einluden, mit uns gemeinsam gegen dieses System aktiv zu werden. Denn, so wie Flo Klabacher, SLP-Spitzenkandidat und Krankenpfleger es klarmachte: „Unser Protest fängt gerade erst an und wird nach der Wahl nicht aufhören!“

Jan Millionig



Our Body, Our Fight!

Seit 2011 findet jeden 28. September ein Internationaler Aktionstag für das Recht auf sichere Abtreibung statt. In Österreich initiierte bzw. organisierte die SLP mehrere Kund-

Landstraßen überwiegend positives Feedback sowohl für Frauenrechte, als auch für LGBT-Forderungen, die wir ebenfalls thematisieren. „Gerade, weil die Angriffe durch eine

In Salzburg konnten wir PassantInnen mit unseren Forderungen, wie kostenlose, anonyme Abtreibung und gratis Verhütungsmittel und Ausbau der Kinderbetreu-

Aktionen in Linz, Salzburg und Wien anlässlich des internationalen Aktionstages für sichere Abtreibung.

gebungen. In Wien organisierte wir mit unserer Initiative „Nicht mit mir“ gemeinsam mit Aufbruch eine Aktion bei der Mariahilferstraße. Hier gab es neben kämpferischen Reden auch ein Solidaritätsfoto für die irische Organisation Rosa und den „March4choice“.

In Linz bekamen wir für unsere Aktion auf der

drohende ÖVP-FPÖ-Regierung auf das Abtreibungsrecht die ohnehin schwierige Situation weiter verschärfen werden, war und ist unsere zentrale Botschaft: Es braucht ein sozialistisches Programm und eine linke Massenbewegung, um Frauenrechte durchzusetzen.“ stellte eine Aktivistin klar.

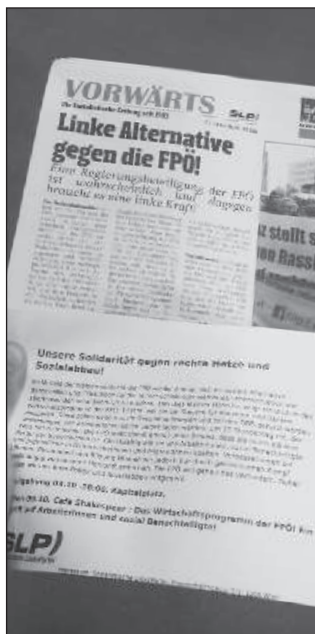
ungsplätze ansprechen. „Cool, dass ihr euch für Frauenrechte einsetzt und diese Aktion macht“, so zwei begeisterte Passantinnen, die mit uns sogar noch ein Solidaritätsfoto machten. Auch nach diesem gelungenen Aktionstag werden wir weiter für unsere Rechte kämpfen!

Celina Brandstötter

Solidarität gegen Rassismus und Kürzungspolitik in Salzburg!

Am 3.10. trafen sich rund 50 AntifaschistInnen am Salzburger Kapitelplatz, um gegen die Wahlkampfveranstaltung der FPÖ zu protestieren. Organisiert wurde die Kundgebung ausschließlich von der SLP, was die Bedeutung unserer Arbeit gegen rechts widerspiegelt. Uns gelang es dadurch, den arbeitenden Charak- ter der FPÖ herauszustreichen. „Wenn die FPÖ in einer Regierung ist, dann agiert sie als Feind all je-

ner, die sich höhere Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage erhoffen. Dagegen gilt es umgehend gemeinsamen Widerstand – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, oder Religion – aufzubauen“ betonte Kundgebungsleiter Lukas Kastner. Für unsere Rolle bei der Organisation bedankten sich gleich mehrere TeilnehmerInnen persönlich. Das gibt Kraft für kommende Aktionen.



Termin des Monats



Eine Welt zu gewinnen

9 Workshops, 2 Podiumsveranstaltungen, 3 Live Acts, 1 Lesung und Party – Das ist „Eine Welt zu gewinnen“! Mit hochkarätigen Gästen und AktivistInnen verschiedener Bewegungen diskutieren wir die Lehren der Russischen Revolution und aktuelle Herausforderungen für Linke. Vorbeikommen, mitdiskutieren, aktiv werden!

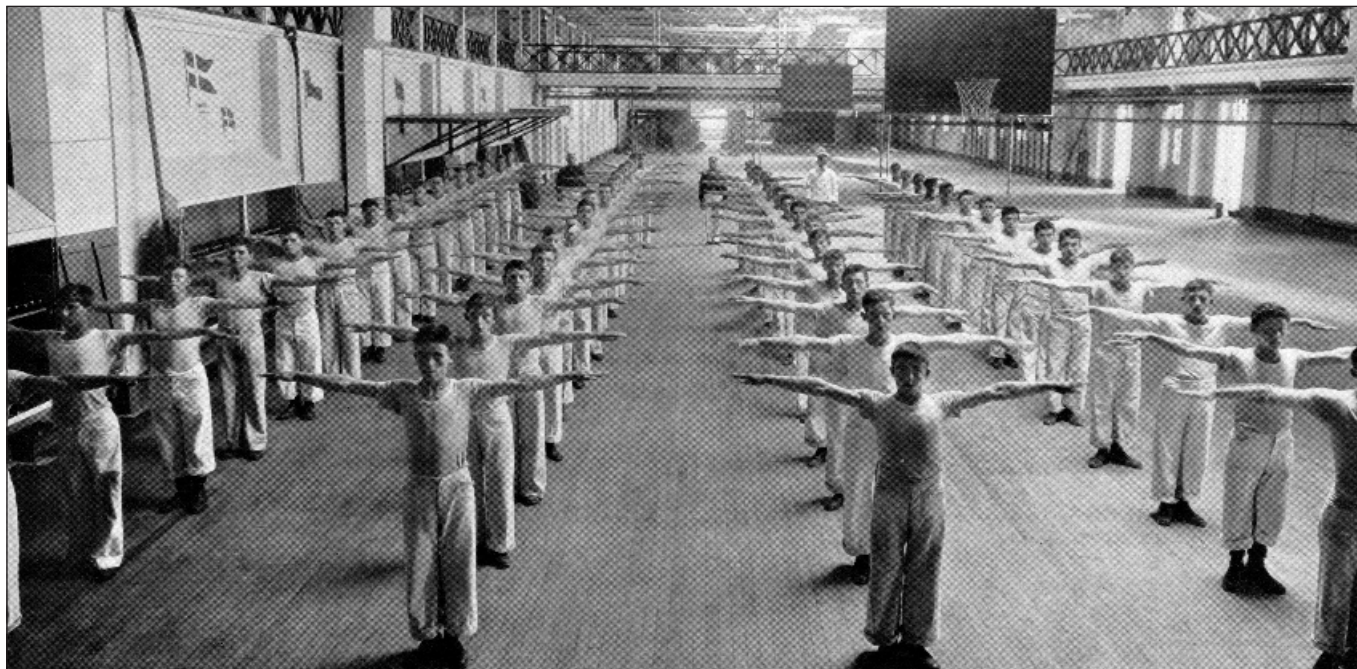
3. und 4. November (Volles Programm auf: www.slp.at)
Wien 10, Gudrunstraße 135 (U1 Keplerplatz)

Schon Marx sagt, dass sich alle historischen Ereignisse zweimal ereignen, einmal als Tragödie und einmal als Farce. Das scheint sich Josef Cap zu Herzen zu nehmen. 1983 zog er durch einen Vorzugsstimmwahlkampf in den Nationalrat ein – damals als viele begeisterter linker Hoffnungsträger. Heute, als abgehalfterter, entzauberter Zyniker vom rechten Flügel der Partei, versucht er es noch einmal: mit entgegengesetzten Vorzeichen. Damals brauchte man eine noch unkompromittierte, überzeugend klingende linke Stimme. Mit der Parteiführung hadern die linken WählerInnen sollten dadurch weiter an die Par-

Rote Seitenblicke

tei gebunden und von der Unterstützung neuer Linksprojekte (damals die Grün-Vorläufer Alternative Liste) abgehalten werden. Heute gerät die SPÖ durch Abwanderung ihrer WählerInnenenschaft zur FPÖ zunehmend in eine Existenzkrise. Da setzt man offensichtlich auf einen mit markigen law and order-Positionen auftretenden Rechtskandidaten, um WählerInnen zu halten, die ansonsten zur FPÖ übergangen. In beiden Fällen übernimmt Josef Cap die Rolle, gestern als Vorzeige-SP-Linker, heute als Vorzeige-SP-Rechter. Ob Cap von Anfang an nur Opportunist war oder im Laufe der (gutbezahlten) Zeit zum zynischen Karrieristen geworden ist, ist dabei nebensächlich. Die von der SPÖ frustrierte und empörte Wegschmelzende Basis wird sich freilich wenig darum kümmern. Und eine Verzweiflungsgeste wie die Vorzugsstimmfarce einer politisch so ruinierten Gestalt wie Cap wird die Partei eher weiter diskreditieren als ihren Verfall zu bremsen.

Fabian Lehr



Am Beispiel Fall Seisenbacher

Dieses Jahr im August wurde der zweimalige Olympiasieger im Judo wegen des Vorwurfs sexueller Übergriffe an Minderjährigen in Kiew in Untersu-

ballern Vorwürfe gegen ihren ehemaligen Trainer Barry Bennell erhoben – wegen sexueller Straftaten. Es zeichnet sich eine bestimmte Verhaltens-

de, des Dabeiseins und der Freiheit der Autorität des/der TrainerIn untergeordnet. SportlerInnen aus Teamsportarten leiden verstärkt darunter,

sellschaft – Schulen, Arbeit oder Musikbranche – ist diesem Leistungsgedanken alles untergeordnet. Es wird nicht auf die Schicksale der Betroffenen Rücksicht genommen, sondern versucht, so viel Leistung oder Prämien aus ihnen herauszuschlagen wie möglich. Dieses Sportverständnis spiegelt die Ideologie der Gesellschaft, des Systems, wider: Es ist der Elite nicht rentabel genug, dass sich SportlerInnen wohlfühlen, stattdessen werden ihre Ambitionen für persönliche Bereicherungen benützt. Es wird Zeit für ein menschenwürdiges System, ohne despotische Willkür, ohne unantastbaren Leistungsgedanken und ohne Gewalt.

Stefan Brandl

Drohungen, Gewalt und sexuelle Übergriffe – eine Selbstverständlichkeit im kapitalistischen System?

chungshaft gesteckt. 1991 wurde er bereits wegen einer Gewalttat schuldig gesprochen, seit 2015 wurde wegen sexueller Übergriffe wieder gegen ihn ermittelt und 2016 schließlich der Haftbefehl gegen ihn erlassen. Neben Peter Seisenbacher gibt es zahlreiche vergleichbare Vorfälle im Spitzen- und Vereinssport. 2016 wurden von fünf englischen Profifuß-

struktur ab: Im Sport, wo regelmäßig Höchstleistungen gefordert werden, nutzen TrainerInnen ihre Machtstellung aus. Sie setzen sich mit Beschimpfungen, Drohungen und Gewalt gegen ihre Schützlinge durch. Sie lassen ihren Frust an verlorenen Wettkämpfen an den Auszubildenden aus. Hierbei wird oft das mit dem Sport verbundene Gefühl der Freu-

weil Opfer innerhalb des Teams und ihres sozialen Umfelds kein schlechtes Wort über TrainerInnen verlieren können. Vereine und deren Sponsoren wollen Leistungen sehen – wie diese erreicht werden, spielt dabei oft keine Rolle.

Nicht nur im Leistungssport, sondern auch in anderen Bereichen der Ge-

Politischer „Tschuschenrap“ von Kid Pex

Du machst „Tschuschenrap“...

Tschuschenrap, weil ich immer als Kind und Teenager in der Schule als „Tschusch“ angesehen wurde und dieses Wort in den 90ern oft hören musste. Die Afroamerikaner im Hip Hop machen es nicht anders. Sie geben dem Wort „Nigga“ auch eine neue Bedeutung. Worte neu zu besetzen und provokativ damit zu spielen, um der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten – das gefällt mir.

Du trittst nicht nur auf Konzerten auf, sondern auch auf Protesten und Demos – Welche Rolle spielt Musik in politischen Kämpfen?

Die Musik ist der Soundtrack zum politischen Kampf, den wir führen. In heutigen Zeiten als Künstler still zu sein und zuzusehen – das geht gar nicht, ist aber leider im österreichischen Mainstream der Fall. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn Fendrich, Yung Hurn oder Christina Stürmer z.B. zum The-

ma Flüchtlinge Stellung beziehen würden. Aber macht nichts, Def Ill, Esrap, Disorder, Kid Pex und andere sind da, um aufzuzeigen, was uns in Österreich nicht gefällt.

Du warst in der Widerstandsbewegung gegen die letzte Schwarz-Blau-Regierung aktiv – treffen wir dich bald wieder auf der Straße?

Natürlich, das ist unsere Pflicht. Never let the fascists have the streets..



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Roboter, Smartphone und das Internet der Dinge. Der technische Fortschritt scheint mit Riesen-Schritten unser Leben zu verändern. Es wird uns das Bild einer rosigen Zukunft gemalt, in dem wir von Arbeit befreit sind, weil Maschinen alles machen. Doch anstatt uns darauf zu freuen, gibt es Angst. Als SozialistInnen sehen wir natürlich die technischen Möglichkeiten, unliebsame Arbeit auf ein Minimum zu reduzieren, positiv. Allerdings kann die Auswirkung des Einsatzes dieser neuen Technologien

zess, der sich auch in vielen anderen industrialisierten Ländern Europas zeigte, wurde als „Strukturwandel“ bezeichnet.

Die Realität bedeutete massenhafte Kündigungen, Privatisierungen und Werksschließungen in ganz West- und nach dem Zusammenbruch des Stalinismus auch in Osteuropa. Für Österreich wurde durch die Sozialdemokratie und in ihrem Schlepptau die Gewerkschaften die Antwort in Form der „Modernisierung“ gegeben. Konkret hieß das auch staatlich

und Gewerkschaften, nach der Pfeife der Wirtschaft zu tanzen. Das Musterland war Japan. Die Beschäftigten hatten kaum Rechte, waren ans Unternehmen gebunden, trauten sich nicht einmal den ihnen zustehenden Urlaub zu konsumieren – der Traum der westlichen Konzernetagen. In Folge unterschrieben die Gewerkschaften in ganz Europa faule Kompromisse zur Rationalisierung und besonders Flexibilisierung der Arbeitskräfte.

In letzter Zeit ist die Debatte zurückgekehrt. Die-

Digitalisierung, Industrie 4.0 und letztlich auch die menschenleere Roboter-Fabrik – keine leeren Drohungen. Die Flexibilisierung zwingt Millionen Beschäftigte in krank machende Arbeitszeitmodelle und rund um die Uhr von Zuhause arbeiten via Smartphone.

Die Modernisierung der 1980er Jahre in Westeuropa hat die Produktivität nach oben schnellen lassen und den gesellschaftlichen Reichtum massiv von unten nach oben umverteilt. Die Rationalisierung mit

keine ausreichenden Perspektiven mehr. Die Standortpolitik der Sozialdemokratie hat genauso versagt, wie das „Abfedern“ der schlimmsten Konsequenzen oder das Mitverhandeln der Flexibilisierung der Arbeitszeit durch die Gewerkschaftsführung.

Andererseits ist die Realität in vielen Punkten weit hinter dem zurückgeblieben, was angekündigt worden war und sich im kollektiven Bewusstsein, z.B. in diversen Filmen, widerspiegelte. „Zurück in die Zukunft II“ spielt 2015, doch wir befinden uns auch heute nicht annähernd dort, wo der Film 2015 die technische Entwicklung wähte. Das zeigt einerseits, dass hier auch eine gehörige Portion Propaganda der Herrschenden dabei ist und dass profitorientiertes Wirtschaften auch eine Technologiebremse ist.

Doch das alles ist kein vom Menschen unabhängiger Prozess, dem wir willenlos ausgeliefert sind. Es ist das Ergebnis menschlichen Schaffens und eines politischen Willens. Sorgen wir dafür, dass die Entwicklung nicht gegen, sondern für uns läuft.

Albert Kropf

Smartphone & Co. haben unser Leben verändert – von einer Revolution sind wir aber weit entfernt.

nicht unabhängig vom gesellschaftlichen Rahmen, in dem er stattfindet, gesehen werden.

Die Zukunft der „Arbeit“ ist spätestens seit der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre ein wichtiges Thema. Die Schwerindustrie, bei uns v.a. die Verstaatlichte, taumelte von einer Krise in die nächste. Durch die zunehmende internationale Verflechtung wurde es billiger, Produkte zu importieren als zu produzieren. Der Pro-

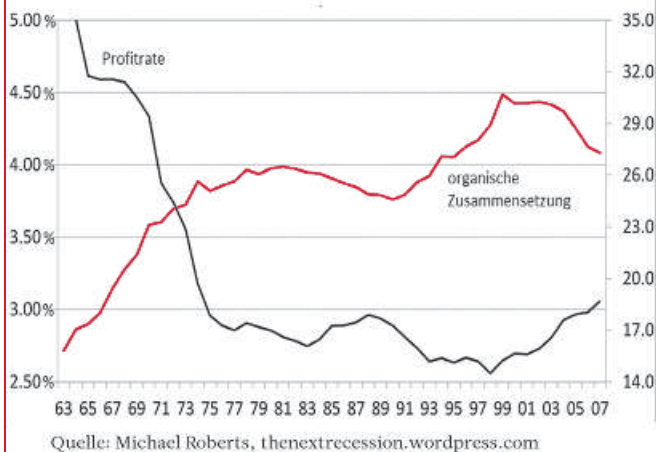
unterstützte Rationalisierung, um die österreichische Wirtschaft im internationalen Vergleich konkurrenzfähiger zu machen.

„Digitalisierung“ war in aller Munde, die menschenleeren Roboter-Fabriken schienen in greifbarer Zukunft zu liegen. Obwohl es sich dabei, so wie heute, um nach außen hin „unabhängige“ Studien handelte, waren es im kapitalistischen Umfeld Drohungen in Richtung von Beschäftigten

ses Mal mit den Schlagwörtern „Industrie 4.0“, „Arbeitswelt 4.0“ oder Digitalisierung. Eine Studie der Oxford Universität geht davon aus, dass in den nächsten 25 Jahren 47% der Jobs in den USA verschwunden sein werden. Das österreichische Institut für Höhere Studien (IHS) spricht mittelfristig von 9% der Jobs (=360.000) in Österreich, die durch die neuen Technologien verloren gehen.

der in der Globalisierung verlagerten Produktion in Billiglohnländer hat vielen Menschen ihre Arbeitsplätze und damit ihre Existenzgrundlage geraubt. Ganze Regionen in Europa sind der Deindustrialisierung zum Opfer gefallen. Sei es die Obersteiermark, das Südburgenland, das Ruhrgebiet in Deutschland, das französisch-belgische Industriegebiet oder Nord- und Mittelengland – überall dort gibt es für die Menschen

Japan: Profitrate (%) und organische Zusammensetzung des Kapitals



Industrie - Zahlen & Fakten

➤ **Industrie 4.0** bezeichnet den Einsatz von Robotern und über das Internet vernetzte Maschinen. Dadurch können Geräte und Anwendungen für alle Bereiche der Produktion miteinander kommunizieren, auch als „Internet der Dinge“ oder „Smart Production“ bezeichnet. Industrie 4.0 ist der Versuch, die Produktivität zu steigern. Bei den aktuellen Entwicklungen in der Industrie geht es vor allem um Flexibilisierung und Rationalisierung bestehender Arbeit und nur zum Teil um die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft.

➤ **In Österreich** sinkt die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Sektor (Industrie) zwischen 1976 und 2005 um 10%, die Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem steigt um 443% und die Produktivität dieses Sektors wächst um 343,5%. D.h., dass eine geringere Zahl an Beschäftigten deutlich mehr Waren in der selben Zeit produzieren kann.

➤ **Die Zahl** der Industrieroboter steigt weltweit stark an. 2010 waren eine Million Roboter im Einsatz, 2019 sollen es 2,6 Millionen sein. In Deutschland kommen 301 Roboter pro 10.000 IndustriearbeiterInnen zum Einsatz, in

Österreich sind es 128. Laut einer Studie von McKinsey können bei 49% aller Berufe mit heutiger Technologie ein Teil der Tätigkeiten automatisiert werden. Jedoch lassen sich weniger als 5% aller Jobs derzeit vollständig automatisieren. Bei 60% aller Arbeitsplätze gibt es aber wenigstens einen Anteil von 30% automatisierbarer Schritte. In den USA hat jeder neue Roboter den Verlust von 3,0 bis 5,6 Jobs im lokalen Einzugsgebiet zur Folge, bei den Löhnen hat jeder Roboter pro 1.000 Beschäftigten die Löhne in dem Gebiet um 0,25 bis 0,5% gedrückt.

➤ **Als digitale Revolution** wird die Einführung von digitaler Elektronik und Computern sowie der modernen Telekommunikation bezeichnet. Während traditionell die Schwerindustrie die größten Profite erzielte, sind heute die Konzerne, die Forschung betreiben, Software und Algorithmen entwickeln, die profitabelsten. Dazu zählen Pharma- und Telekommunikationsunternehmen, Medienkonzerne und Unternehmen im Bereich Informationstechnologie. Der Anteil dieser Firmen am Profit aller US Unternehmen stieg von 25% 1999 auf 35% 2013.

Georg Kummer

Sind Roboter krisenfest?

Die Voestalpine eröffnet ein neues Drahtwalzwerk, das „vollautomatisch“ mit „zwei Mitarbeitern und 2.000 Sensoren“ (Presse, 27.9.) arbeitet. Glaubt man den Schlagzeilen, stecken wir mitten drin in einer neuen Industriellen Revolution. Auf Dampfma-

lichkeit einer Rezession in den nächsten fünf Jahren auf rund 70%. Auf die Krise von 2007/8 folgte kein Boom, sondern ein Dahintümpeln, in dem die Grundlagen für den nächsten Einbruch vertieft wurden. Die KapitalistInnen in Europa und

worum es geht: die immer weitere Unterordnung der Menschen unter die Maschine. Allerdings im Interesse von Menschen – nämlich der kleinen Elite, der herrschenden Klassen, den KapitalistInnen, die von dieser Ausbeutung profitieren.

Dem Staat kommt dabei eine wichtige Rolle zu: die Politik soll den Rahmen schaffen, um die nationale Wirtschaft technologisch im Wettbewerb hoch zu rüsten. Und die Parteien liefern hier auch. In den Wirtschaftsprogrammen der Parlamentsparteien steht sowohl die Arbeitszeitflexibilisierung als auch die Technologieoffensive. Im Klartext: aus den Beschäftigten soll mehr herausgeholt werden. Die Lohn(neben)kosten sollen gesenkt und somit billiger als die Konkurrenz produziert werden. Und der Staat fördert Unternehmen bei der Modernisierung. Besonders wird hier auf „Start Ups“ gesetzt. V.a. in der Frühphase von Start-ups ist „reichlich öffentliches und privates Kapital verfügbar“ schreibt das GeldMagazin. Wobei es tatsächlich v.a. um Steuergeld geht: Öffentliche Förderungen v.a. von der Förderbank des Bundes (aws) und der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) sind hier die größte externe Kapitalquelle.

Der Nutzen dieser Strategie ist aus Sicht der Herrschenden vielfältig: Arbeitslose werden zu Versagern abgestempelt, weil ja angeblich jeder mit einer guten Idee

Der Kapitalismus hofft, seinen inneren Widersprüchen...

schine folgte Fließband, dann kamen die Computer hinzu. Nun sollen Roboter und Internet die nächste Revolution prägen. Tatsächlich ging DIE Industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert mit grundlegender gesellschaftlicher Veränderung einher. Proletariat und Bourgeoise wurden zu den zentralen Klassen und die Herrschaftsverhältnisse mit den bürgerlichen Revolutionen umgeworfen. Solche Veränderungen haben seither weder die Fließbandproduktion („Fordismus“) noch das Internet begleitet. Die Produktivität wurde erhöht, an den gesellschaftlichen Strukturen aber hat sich nichts geändert. Der deutsche Gewerkschafter Welf Schröter bezeichnet Industrie 4.0. als „reinen Marketingbegriff“.

Trotz Erholung von ein paar Prozentpunkten ist die Wirtschaft von einem soliden Aufschwung mit wachsendem Lebensstandard auch für die breite Masse der Bevölkerung weit entfernt. Der Vermögensverwalter Pimco schätzt die „Wahrschein-

den USA haben Angst, von China abgehängt zu werden. Längst wird dort nicht mehr nur kopiert, sondern auch selbst entwickelt: China ist z.B. zum Weltmarktführer bei erneuerbaren Energien aufgestiegen. SAP-Finanzvorstand Mucic beschreibt den Wirtschaftskrieg, wenn er sagt, dass „Unternehmen in den USA, in Europa und Asien (sich) rüsten“. Diese Aufrüstung erfolgt (neben politischen und auch militärischen Konflikten) aktuell durch den Einsatz neuer Technologie.

Die zentralen Aspekte von Industrie 4.0. sind: 1) durch den Einsatz neuer Technologie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Unternehmen herausholen, indem Arbeitskosten gespart werden und 2) Druck auf die Beschäftigten ausüben, sich der „neuen Arbeitswelt“ anzupassen, also billiger zu arbeiten. Auch wenn Visionen von der Herrschaft der Roboter völlig überzeichnet sind, so sind implantierte Chips, um die Beschäftigten zu kontrollieren ein Indiz dafür,



selbstständig werden kann. Also runter mit Arbeitslosengeld und Mindestsicherung. Die neugegründeten KleinfirmerInnen leben v.a. von der massiven Selbstausbeutung der „UnternehmerInnen“. Sind sie erfolgreich, werden sie häufig von großen Unternehmen aufgekauft. Die sparen sich teures Forschen im eigenen Unternehmen und kaufen

men, können die ArbeiterInnen die von ihnen an den Maschinen geschaffenen Werte immer weniger bezahlen. Die Firmen bleiben auf dem Produzierten sitzen. Im internationalen Maßstab verschärfen sich die Gegensätze ebenfalls, weil der Großteil der Robotisierung in wenigen Ländern stattfindet – man muss sich die Investition ja auch leisten können,

Index, wo viele Technologieaktien gelistet sind, ist in den letzten fünf Jahren um 115% gestiegen, im Vergleich dazu der Dow Jones Industriemittel nur um 66%. Der TecDAX in Deutschland erlebte einen Höhenflug. Die Propaganda über Industrie 4.0 als Rettung des krisengeschüttelten Kapitalismus heizt die Börsen an. Doch der Höhenflug könnte schon wieder vorbei sein. Goldman-Sachs warnt bereits vor der Sorglosigkeit von Anlegern in Bezug auf die „Big 5“ (Apple, Amazon, Facebook, Alphabet, Microsoft). Eine Markt„erschütterung“ kann da schon mal in wenigen Stunden Börsenwerte von über 100 Milliarden Dollar vernichten (geschehen am 9. Juni 2017). Das Platzen von Blasen auf den Märkten hat schon in der Vergangenheit Krisen ausgelöst, wann die nächste folgt ist nur eine Frage der Zeit. Die Probleme, die zur Krise 2007/8 geführt haben, haben sich also nur auf höherer Ebene reproduziert. Gelöst wurde nichts.

Der Kapitalismus stellt sich also letztlich sogar als Hindernis für den Einsatz von moderner Technologie heraus. Verwendet wird, was sich „rechnet“. Und was ein Segen sein könnte, erzeugt unter kapitalistischen Vorzeichen Krise, Armut und Arbeitslosigkeit. Eine absurde Logik, die nur durch den Bruch mit der Profitlogik und damit dem Kapitalismus als Ganzes durchbrochen werden kann.

Sonja Grusch

...mit Industrie 4.0 zu entgehen – was nicht funktioniert.

erst das staatlich geförderte erfolgreiche Produkt der Forschung ein. Entgegen der Propaganda führt der ganze Prozess zu einer Konzentration. Große Unternehmen kaufen kleine auf bzw. fusionieren. Monopolisierung aber bremst die Forschung – wozu auch, wenn es keine Konkurrenz mehr gibt.

An den Grundwidersprüchen des Kapitalismus, die für dessen Krisenhaftigkeit verantwortlich sind, ändert sich auch mit neuer Technologie nichts. Einzelne Unternehmen oder auch Staaten verschaffen sich einen Vorsprung, andere ziehen nach. Weil aber menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird, sinkt damit die Profitabilität des eingesetzten Kapitals (siehe Kasten „Marx aktuell“). Die Firmen konkurrieren, das Chaos von Überproduktion und Fehlplanung bleibt also erhalten. Sinkt die Anzahl der Beschäftigten bzw. deren Einkom-

men. Nicht nur national, sondern auch international beschneidet man mit der Modernisierung also gleichzeitig auch den eigenen Absatzmarkt. V.a. in den 1980er Jahren galt Japan als Vorreiter bei neuen Technologien. Vor der Krise hat das die japanische Wirtschaft nicht bewahrt, die im Gegensatz seit rund 25 Jahren nicht aus der Krise herauskommt. Die nächste Krise ist daher auch heute nur eine Frage der Zeit.

Die KapitalistInnen hoffen, dieser Krise zu entgehen und sitzen dabei ihrer eigenen Propaganda auf. Kapital fließt aus den Bereichen, wo die Renditen niedrig sind, in jene, wo höhere erwartet werden. Aber gerade weil die Basis alles andere als solide ist, entstehen „Blasen“. Aktuell ist das bei Technologieaktien der Fall, es wird schon von „irrationaler Euphorie“ gesprochen. Der US Nasdaq 100



Marx aktuell

Im **Kapitalismus** wird nicht produziert, um zu konsumieren, sondern um Waren zu verkaufen. Waren werden gegeneinander, bzw. gegen Geld, ausgetauscht. Wert setzt also bereits eine (Tausch-)Beziehung zu anderen Dingen voraus: X ist immer so und so viel von Y wert. Marx erklärt, dass sich der Wert einer Ware aus der Summe der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ergibt. Auch Arbeitskraft ist eine Ware: wir verkaufen sie jeden Tag für Lohn, den die KapitalistInnen zahlen. Unsere Arbeitskraft ist so viel wert, wie die Summe der Dinge, die wir brauchen, um täglich arbeiten zu können. So viel bekommen wir bezahlt. Wir arbeiten aber so lange, wie die KapitalistInnen die Arbeitskraft gekauft haben. In der Zeit produzieren wir mehr als den Wert unserer Arbeitskraft bzw. unseres

Von Maschinen und Profiten

Lohns: Wir produzieren Mehrwert, aus dem der Profit entsteht.

KapitalistInnen wollen eine möglichst hohe Profitrate erzielen. Das gewonnene Kapital soll möglichst groß sein im Verhältnis zum investierten Kapital. Marx erklärt, dass sich das eingesetzte Kapital aus dem konstanten Kapital (Produktionsmittel, wie Maschinen) und dem variablen Kapital (Löhne, für die sie menschliche Arbeitskraft kaufen) zusammensetzt. Das Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital nennt Marx die organische Zusammensetzung des Kapitals.

Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen Unternehmen schnell, billig und viel produzieren. Das geht, indem sie das konstante Kapital auf Kosten des variablen Kapitals erhöhen – also indem Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden. Konstantes Kapital ist aber letztlich nur vergegenständlichte menschliche Arbeit: Maschinen übertragen den Wert, der in ihnen steckt, aufgeteilt auf die Produkte, die mit ihnen hergestellt werden – bis sie kaputtgehen. Sie schaffen Werte, aber nicht Mehrwert! Der wird nur vom variablen Kapital geschaffen, das zusätzlich eingesetzt wird. Da dieser Anteil sinkt, schrumpft auch der im Wert der Ware enthaltene Mehrwert. Auf längere Sicht sinkt somit auch die Profitrate. Marx beschreibt diesen „Tendenziellen Fall der Profitrate“ im 3. Band des „Kapital“:

„Jedes individuelle Produkt, für sich betrachtet, enthält eine geringere Summe von Arbeit als auf niedrigeren Stufen der Produktion, wo das in Arbeit ausgelegte Kapital in ungleich größerem Verhältnis steht zu dem in Produktionsmitteln ausgelegten. [...] Diese erzeugt mit der fortschreitenden relativen Abnahme des variablen Kapitals gegen das konstante eine steigend höhere organische Zusammensetzung des Gesamtkapitals, deren unmittelbare Folge ist, dass die Rate des Mehrwerts bei gleich bleibendem und selbst bei steigendem Exploitationsgrad der Arbeit sich einer beständig sinkenden allgemeinen Profitrate ausdrückt.“

Dies lässt sich auch statistisch nachweisen. Das Verhältnis von investiertem zu gewonnenem Kapital war nach dem Ende des 2. Weltkriegs größer als heute. KapitalistInnen versuchen, dem entgegenzuwirken. Da wird dann der Arbeitsdruck erhöht, Pausen gestrichen, die Arbeitszeit verlängert, Reallöhne sinken, betriebliche Sozialleistungen werden gestrichen. Diese Maßnahmen können den Fall der Profitrate vorübergehend, aber nicht auf Dauer aufhalten.

Nicolas Prettnier



Digitale Revolution – Soziale Reaktion?

Spätestens seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Kern wird uns mitgeteilt, dass die Arbeitswelt kurz vor einer digitalen Revolution steht bzw. schon mittendrin ist. Technischer Fortschritt lässt sich eben nicht aufhalten. In der Diskussion um Industrie 4.0 hört man von Chancen und Möglichkeiten. Was ist damit gemeint? Die ErfinderInnen der ersten Schaufel wollten mit ih-

Aber: Der Effekt der Arbeitserleichterung ist zwar theoretisch vorhanden, wird im Kapitalismus aber nicht zur Hebung des Lebensstandards der ganzen Gesellschaft verwendet. Finanziell profitiert nur eine Minderheit vom Fortschritt, für viele bedeutet er im Gegenteil sogar Arbeitsplatzverlust, für andere Intensivierung des Arbeitspensums. Es gibt mehr Arbeitslose, weil „zu wenig“

halten. Die Sozialdemokratie formulierte bereits am Beginn der Weltwirtschaftskrise 1931 durch Otto Bauer ihr bis heute in den Grundlagen bestehendes „Programm“. Rationalisierung wird positiv bewertet, wenn die Sozialpartner eingebunden sind und sich ein unmittelbarer Vorteil für den Standort Österreich ergibt. Nur wenn das nicht der Fall ist, wird sie zur „Fehlrationalisierung“ und

hen in Verhandlungen. Es ist eine Spirale nach unten.

In dieser Logik wird neben dem internationalen auch ein nationaler Konkurrenzkampf erzeugt. ÖGB und AK verlangen bessere Aus- und Weiterbildung, damit die Beschäftigten im Zuge der Digitalisierung karrieretechnisch nicht auf der Strecke bleiben. Arbeitsplätze werden damit aber nicht geschaffen, sondern es gibt dann nur besser qualifizierte Arbeitslose. Offensive Forderungen müssen sich gegen das immer höhere Arbeitstempo richten. Die Gewerkschaft darf den unmenschlichen Unterordnungszwang von Beschäftigten unter Maschinen nicht noch exekutieren, sondern muss im Gegensatz dafür kämpfen, dass die Beschäftigten über den Einsatz neuer Technologien entscheiden. Und vor allem muss die Gewerkschaft dafür kämpfen, dass das „Mehr“ an Produktivität durch höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung in Richtung Beschäftigte umgeleitet wird. Doch der ÖGB hat zwar 1987 das Ziel der Arbeitszeitverkürzung auf 35-Stunden beschlossen, seither aber keinen Finger dafür gerührt. Die Löhne stecken seit 20 Jahren fest, die geringen Lohnerhöhungen werden durch Inflation und explodierende Wohnkosten

aufgefressen. Die Produktivitätssteigerungen haben so zu einer massiven Umverteilung von unten nach oben geführt. Wer auf ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Lösung angesichts der Jobvernichtung hofft, vergisst, dass auch dieses in einem kapitalistischen Umfeld eingeführt würde – und damit bestenfalls „zuwenig zum Leben, zuviel zum Sterben“ wäre.

Wir brauchen heute eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Die Gewerkschaftsspitzen setzen immer noch auf Lösungen am grünen Tisch. Den billigen Kompromiss fressen dann die Beschäftigten. Es ist Zeit, um mit den „maßvollen“ Lohnrunden endlich Schluss zu machen und uns tatsächlich zu holen, was uns zusteht: mehr Geld für wesentlich weniger Arbeitszeit!

Wir müssen die Gewerkschaften zurück gewinnen, damit sie zur Basis für Widerstand und Organisation der werktätigen Masse werden und nicht zu deren Hemmschuh. Und wir müssen die Macht und Kontrolle aus der Hand der reichen Elite nehmen. Das ist nämlich die einzige Option, wenn wir wollen, dass die Vorteile der Digitalisierung bei uns ankommen.

Thomas Hauer

Neue Technologie wird im Privaten gern angenommen, weil sie das Leben erleichtert – in der Arbeitswelt herrschen Ängste.

rer Arbeit schneller fertig zu werden und sich das Leben erleichtern. Das ist auch der Grund, warum der Mensch begonnen hat, seine Umwelt bewusst mit seinen Händen zu verändern und mit seinem Gehirn Hilfsmittel entwickelt (Schaufel, Roboter...), um diese Veränderungen immer einfacher zu machen. Mit der Digitalisierung gibt es nun bisher ungeahnte Möglichkeiten, die Arbeit zu erleichtern. Putzroboter, ganze Häuser, die von 3-D-Druckern gebaut werden, schmutzige, gefährliche Arbeit, die keine menschliche Arbeit mehr benötigt – eine großartige Zukunft.

Arbeit vorhanden ist und gleichzeitig immer mehr, die ausgebrannt sind. Klingt komisch, muss aber nicht so sein.

Welche Folgen technischer Fortschritt für die Mehrheit der Menschen hat, hängt vom gesellschaftlichen Rahmen ab, in dem er stattfindet. Daher die berechtigte Angst und der Widerstand aus der ArbeiterInnenklasse. Zu Beginn der industriellen Revolution war eine der ersten Antworten von ArbeiterInnen die Zerstörung von Maschinen, da sie ihre Arbeitsplätze bedroht sahen. Doch das war nur ein Versuch, das Rad der Zeit anzu-

soll bekämpft werden. Diese Sichtweise für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich hat sich in der SPÖ bis heute nicht verändert und wird auch von Arbeiterkammer (AK) und Gewerkschaft (ÖGB) mitgetragen. Das ist nichts anderes als „geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“. Doch dieselbe Logik wenden KapitalistInnen und Regierungen in anderen Ländern an. Darum wollen sie u.a. 12-Studenten und generelle Flexibilisierung der Arbeitszeit. Auch stehen die Kollektivverträge verstärkt unter Beschuss, jedeR soll allein und damit schwach dem Unternehmen gegenüberste-

Living young, drunk & mentally ill?

Fast ein Viertel der 10 bis 18-jährigen hat psychische Probleme. Angststörungen, Depressionen und ADS/ADHS gehören zu den häufigsten Diagnosen. Und mit der Diagnose beginnt meist die Behandlung mit Medikamenten. Antidepressiva, ADHS/ADS-Medikamente wie Ritalin oder Medikinet werden an zahlreiche junge Menschen verschrieben, ohne zu hinterfragen, was die wirklichen Gründe für die Probleme sind. Wie so oft werden nur die Symptome behandelt, anstatt das Problem an der Wurzel zu packen und die Situation nachhaltig zu verbessern. Dazu kommen die zahllosen Jugendlichen, die Alkohol und andere Drogen missbrauchen. Etwa 9% der 15 bis 19-jährigen zeigen einen problematischen Alkoholkonsum.

Die Ursache liegt in der stark zunehmenden Belastung, die Kinder und Jugendlichen in der Schule erfahren. Je älter die SchülerInnen werden, desto mehr fühlen sie sich durch die Schule belastet. Schon rund 60% der 11-jährigen fühlen sich belastet, bei den 15-jährigen sind es sogar 85%. Sozialabbau und Kürzungen, die seit Jahren ganz oben auf der Agenda der etablierten Parteien stehen machen die Situation in der Schule immer schwerer. Dazu kommt, dass rund je-

der Zweite Angst vor künftiger Arbeitslosigkeit hat.

Durch volle Klassenzimmer und steigenden Leistungsdruck fühlen sich SchülerInnen von dem, was von ihnen erwartet wird, geradezu zerquetscht. Gleichzeitig ist immer weniger Geld für Unterstützung da. Laut LehrerInnengewerkschaft fehlen allein 13.500 Posten für Unterstützungspersonal. Darunter fallen auch SchulpsychologInnen, die wichtige Unterstützung geben können, um mit dem Leistungsdruck und der Zukunftsangst umzugehen. Aber die Schule muss ja angeblich hart sein, um junge Menschen aufs künftige Leben vorzubereiten. Aber was für ein Leben, was für ein System das ist, auf das man mit psychischen Problemen und Suchterkrankungen vorbereitet wird, steht nicht zur Frage.

Statt Kürzungen braucht es mehr Geld für Ausbildung. Und wir brauchen gute Jobs und soziale Sicherheit für alle, damit sich Jugendliche wirklich auf ihre Ausbildung konzentrieren. Ganztags- und Gesamtschule, die genug finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung haben für alle SchülerInnen sind dafür ein wichtiger erster Schritt.

Moritz Bauer



Neue Hürden an den Unis

Ab dem Wintersemester 2017 müssen Drittstaatsangehörige, also im wesentlichen Menschen aus

dene Unsicherheit steigt. Denn auch bezüglich des Sprachnachweises gilt es neue Hürden zu überwin-

sich nicht für ihr zweites Semester inskribieren konnten.

In einem offenen Brief kritisieren Studierende aus Drittstaaten, (unterstützt von der ÖH) dass die neue Regelung zu kurzfristig kam. Darin wird nicht erwähnt, dass diese Maßnahmen eine enorme Benachteiligung ausländischer Studierender sind. Ein offener Brief alleine wird nicht genug sein, um diese zu bekämpfen. Es wäre die Aufgabe der ÖH, Proteste zu organisieren und zu Protesten gemeinsam mit den ausländischen Mitstudierenden aufzurufen. Denn Rassismus hat in der Bildung, wie überall sonst, nichts verloren.

Lisa Patscheider

Doppelte Studienkosten und Schikane beim Deutschnachweis erschweren Drittstaatsangehörigen das Studium.

Staaten außerhalb der EU, statt 382,56€ nun 754,92€ im Semester für das Studium an der Uni Wien zahlen. Sie schließt sich damit vielen anderen Universitäten in Österreich an. Das macht es den Betroffenen um einiges schwerer, ein Studium an der Uni Wien zu beginnen und die bereits vorhan-

den, wenn man als Drittstaatsangehöriger dort studieren möchte. Es wird nun nur noch die Ergänzungsprüfung im Rahmen des Vorstudienlehrgangs anerkannt. Diese Regelung führte bereits bei einigen Studierenden zur kurzfristigen Aberkennung des Studienerfolgs, weshalb die Betroffenen



Gewerkschaftsdemo: „Die Jugend protestiert!“

Am 6. Oktober hielt die GPA-djp-Jugend eine Demonstration in Linz für bessere Ausbildung, mehr Freizeit und mehr Kohle für Lehrlinge und junge Beschäftigte ab. Die SLP mobilisierte dafür und war zahlreich auf der Demo mit Transparenten, wie „Geld für Jugend und Soziales statt für Überwachung und Konzerne“ oder „Schwarz-Blau schlägt zu. Schlagen wir zurück!“ vertreten. Diese Initiative war gut.

Doch wo waren die anderen Gewerkschaften? Und die „Alten“? Themen gäbe es genug, für die man endlich mal auf die Straße gehen müsste. Alec Jakolic, Metaller-Lehrling und SLP-Aktivist, appellierte in seiner Rede: „Es liegt jetzt an uns, gemeinsam eine gewerkschaftliche Bewegung aufzubauen, um die Angriffe der Wirtschaftsbesse und rechten Parteien zurückzuschlagen und tatsächliche Verbesserungen zu erreichen.“

Kämpfer des Monats



In Ohio (USA) kämpften Corey Andon und andere AktivistInnen von Socialist Alternative (CWI USA) gegen eine Gedenktafel für Südstaatengeneral Robert E. Lee. Corey bekam Todesdrohungen, nachdem der rechte Vizebürgermeister seine Daten veröffentlicht hatte. Corey gab nicht nach. Die Tafel wird vom öffentlichen Grund entfernt!



Deutschland nach den Wahlen

Der Bundestagswahlkampf in Deutschland war extrem langweilig. Merkel würde Kanzlerin bleiben. Unklar war nur, in welcher Koalition. Auch dass mit der AfD zum ersten Mal seit den 1950er Jahren eine Partei rechts von CDU/CSU in den Bundestag einziehen würde, war abzusehen.

Da CDU/CSU und SPD in den letzten vier Jahren ge-

Jamaika-Koalition (CDU/CSU, FDP und Grüne). Bei einem Scheitern von „Jamaika“ könnte es Neuwahlen geben ... es sei denn, die SPD ließe sich dann doch noch zu einer Koalition breitschlagen.

Das Ergebnis der AfD mit 12,6% war deutlich höher als erwartet. Es hat viele Menschen erschreckt und führte umgehend zu Pro-

bürgerlichen Parteien und Medien geschürt wurden. Diese Vorurteile werden bei vielen erst aufgrund der Erfahrung von gemeinsamen Kämpfen gegen „die da oben“ wieder verschwinden. Aber auch davor ist es nicht zwangsläufig, dass sie im Bewusstsein im Vordergrund stehen. Ein großer Teil der heutigen AfD-WählerInnen hat-

mit SPD und Grünen propagiert haben, offenbar nicht, sondern bieten der SPD jetzt Zusammenarbeit in der Opposition an.

SAV-Mitglieder waren in Bremen und Bayreuth Wahlkreiskandidaten der LINKEN und hatten eine Kandidatin auf der Baden-Württembergischen Landesliste. Darüber hinaus haben wir uns in vielen Orten am Wahlkampf der LINKEN beteiligt. Damit haben wir zu den guten Ergebnissen, die DIE LINKE in verschiedenen Städten Westdeutschlands (und auch z.B. in Neukölln in Westberlin mit 18,3%, plus 4,1%) hatte, beigetragen.

Die Koalitionsverhandlungen dürften schwierig werden, von den Grünen bis zur CSU ist eine politische Bandbreite. Solange die Haushaltslage relativ entspannt ist, wird es wohl keinen Frontalangriff auf die Arbeiterklasse geben, sondern eher eine Kombination von öffentlichen Investitionen in Bereichen, wo aus Sicht des Kapitals Nachholbedarf besteht (z.B. Digitalisierung) mit verschiedenen Sozialkürzungen, Privatisierung etc. Die Grünen haben im Wahlkampf den Klimaschutz betont. Wenn sie ihre Versprechen bei Koalitionsverhandlungen über Bord werfen, können

die Proteste zur UN-Klimakonferenz in Bonn noch wichtiger werden.

Teils wird jetzt die Gemeinsamkeit der 87%, die nicht AfD gewählt haben, propagiert. Aber Seite an Seite mit den bürgerlichen Parteien gegen die AfD zu kämpfen, wäre fatal. Es würde nur deren falsches Image als Anti-Establishment-Partei verstärken und sie für die Opfer neoliberaler Politik attraktiver machen.

Ebenso fatal wäre es, den Antirassismus abzuschwächen, um AfD-WählerInnen anzusprechen. Proteste gegen den kommenden AfD-Parteitag in Hannover können ein wichtiger Termin werden. Notwendig ist aber statt eines rein moralischen Antirassismus die Betonung des gemeinsamen Kampfs von Deutschen, MigrantInnen, Flüchtlingen für ihre gemeinsamen Interessen. Wenn DIE LINKE verstärkt die Kämpfe an zahlreichen Krankenhäusern für Personaluntergrenzen, Mieterinitiativen, etc. unterstützt und ihre sozialen Forderungen offensiv vertritt, ist das auch der beste Kampf gegen Teile- und Herrsche-Politik und die AfD.

Wolfram Klein

Mitglied des
Bundesvorstandes der SAV
www.sozialismus.info

Ein langweiliger Bundestagswahlkampf endet mit einem politischen Erdbeben und ersten Protesten.

meinsam regierten und ohnehin beide für kapitalistische Interessen und neoliberale Politik stehen, bestanden keine großen Differenzen. Dass die SPD deutlich verlieren würde, wurde erwartet. Überraschender war, dass CDU und CSU noch mehr verloren (-8,6%, SPD -5,2%) und die FDP zweistellig (10,7%) wieder in den Bundestag einzog. Der Erfolg der FDP fußt im Überdruß über die große Koalition in bürgerlichen Kreisen und massive finanzielle, publizistische etc. Unterstützung für diese „kleine Partei des großen Kapitals“.

Die SPD erklärte am Wahlabend den Gang in die Opposition. Fast die einzig vorstellbare Regierungskonstellation ist eine

testen mit teils Tausenden TeilnehmerInnen. Das Ergebnis erinnert an verschiedene Landtagswahlen 2016 unter dem Eindruck der „Flüchtlingskrise“. Danach war die Unterstützung der AfD wieder zurückgegangen. In den letzten Wochen vor den Wahlen stieg sie wieder, auch weil beträchtliche Teile der Medien die Flüchtlingspolitik wieder in den Vordergrund schoben.

60% der AfD-WählerInnen sagen, dass sie die Partei aus Protest wählen. Dahinter steckt bei vielen ein Gefühl des Abgehängtseins (nicht nur wirtschaftlich und sozial). Das verbindet sich mit rassistischen, nationalistischen und antimuslimischen Vorurteilen, die seit Jahrzehnten von

te solche Vorurteile schon vor der „Flüchtlingskrise“ 2015, aber zu anderen Zeiten waren sie nicht wahlentscheidend für sie.

Die LINKE hatte zwei verschiedene Wahlergebnisse. In Ostdeutschland, wo sie in drei Bundesländern und in vielen Kommunen mitregiert und weithin als Teil des Establishments gesehen wird, fiel sie von 22,7% auf 17,8%. In Westdeutschland, wo sie aufmüpfiger, radikaler, mit sozialen Bewegungen verbunden ist, Arbeitskämpfe unterstützt hat, legte sie von 5,6 auf 7,4% zu (bundesweit von 8,6 auf 9,2%). Mit einem radikalen Wahlkampf wäre mehr drin gewesen. Leider lernen die Teile der LINKEN, die bisher eine Koalition

Wessen Katalonien?

Die Ereignisse seit dem Referendum vom 1. Oktober beweisen, dass im Kapitalismus selbst demokratische Prinzipien wie das Selbstbestimmungsrecht von Massenbewegungen erkämpft werden müssen. Das spanische Bürgertum hat Katalonien tatsächlich nicht mehr zu bieten als juristische Formalitäten, königliche Ansprachen und Schlagstöcke.

Das gegen die Unabhängigkeit geführte Argument, das reiche Barcelona wolle ja nur die Solidarität mit den armen Regionen aufkündigen, mag mitunter auf das nationalistische katalanische Bürgertum zutreffen. Doch dieses stellt sich ebenso wie Rajoy's konservative Regierung in Madrid mit neoliberaler Politik und Sozialkürzungen gegen die Mehrheit. Für viele Menschen sind die Unabhängigkeits-Bestreбungen mit dem Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung verwoben. Wenn sich Puigdemont (Chef der katalanischen Autonomie-Behörden) und die PDeCAT mit ihrem neoliberalen Kurs halten, wird für die meisten Menschen durch Unabhängigkeit kaum etwas gewonnen sein. Die Bruchlinie zwischen Puigdemont und den Massen wurde am 10. Oktober offenkundig, als er die Unabhängigkeitserklärung

aussetzte. Die katalanische Linke muss nun die Zeit nutzen, um einen echten Dialog zu führen: mit jenen in der Bevölkerung, die gegen die Unabhängigkeit oder (noch) skeptisch sind. Auch der Generalstreik gegen Polizeigewalt (3.10.) wurde von „unten“ dominiert. Ob HafenarbeiterInnen, öffentlich Bedienstete oder SchülerInnen. Durch sie war dieser Protest in den Augen des spanischen Innenministers eine „Aufstachelung zur Rebellion“. DAS ist für den spanischen Kapitalismus das eigentliche Problem. Ein Katalonien, welches sich Richtung ArbeiterInnen-Regierung bewegt, könnte auf der ganzen Halbinsel zu Aufständen führen. Eine Kettenreaktion, die den Kapitalismus erschüttert, wäre gestartet. Dadurch könnte sich eine Einheit von katalanischen und spanischen ArbeiterInnen erneuern; ob als Föderation, mit Autonomie oder durch Wiedervereinigung. Entscheidend ist, dass unter den Bedingungen sozialistischer Republiken aufgrund gesellschaftlichen Eigentums, geplanter Wirtschaft (auf technologisch hohem Niveau) und umfassender ArbeiterInnen-Demokratie die sozialen Gräben gemeinsam zugeschüttet werden könnten.

Franz Neuhold



Nuklearer Krieg um Korea?

Nordkorea würde bei einer militärischen Konfrontation mit den USA und Südkorea den Kürzeren ziehen. Doch die nordkoreanische Artillerie könnte vor ih-

Kriege entstehen nicht, weil bei einem Präsidenten die Sicherungen durchknallen. Sie basieren auf den profit- und geostrategischen Interessen der

sieren. Kim Jong-un und seine Generäle sind keineswegs „irre“. Sie spielen ihren einzigen Trumpf und drohen mit der atomaren Option, um an Verhandlungen beteiligt zu werden und nicht zu enden wie Libyens Gaddafi.

Die USA wollen das Regime in Pjöngjang schwächen, die eigenen Verbündeten – v.a. Südkorea, Japan und Vietnam – enger an die USA binden und China isolieren. Und doch ist die Kriegsgefahr gewachsen. Gegenseitige Provokationen ermöglichen Fehleinschätzungen und Überreaktionen. Ein Krieg würde aber auch Antikriegs-Proteste weltweit auslösen und Trumps Regierung weiter destabilisieren. Auch das wissen die Strategen...

Claus Ludwig

Viele Menschen fürchten sich angesichts der aggressiven Parolen von Trump und Kim Jong-un vor einem Krieg.

rer Vernichtung durch die Luftüberlegenheit der USA massive Zerstörungen mit Zehntausenden Toten in der nur 50 km südlich der Demarkationslinie liegenden südkoreanischen Hauptstadt Seoul anrichten. Käme es zum Einsatz von Nuklearwaffen, könnte niemand vorhersagen, was passiert.

herrschenden Klassen. Der Streit um Nordkorea ist Teil des Machtkampfes insbesondere zwischen den USA und China um die Vorherrschaft im Pazifischen Raum. Die aggressive Rhetorik dient Trump und dem Kim-Regime dazu, die eigene Bevölkerung auf einen äußeren „Feind“ zu fokus-

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Australien für LGBT-Ehe

Am 15.11. wird in Australien das Ergebnis der laufenden Volksbefragung über die gleichgeschlechtliche Ehe veröffentlicht. Die Socialist Party (SP, CWI in Australien) führt eine JA-Kampagne. Im August/September fanden die größten Demonstrationen für LGBT-Rechte statt, die Australien je gesehen hat. Konservativere Teile der Bewegung meinten am Beginn der Kampagne, dass das Referendum einen Sturm der Re-

aktion auslösen würde. Die SP dagegen erklärte, dass die Menschen das Referendum nutzen würden, um ihre Unterstützung für LGBT-Rechte zu zeigen. Unsere Infotische im Rahmen der Kampagne kamen sehr gut an. Die SP schlägt vor, die Kampagne auch nach dem Referendum aufrecht zu erhalten, da nicht klar ist, ob nicht versteckte Diskriminierungen in ein neues Gesetz eingebaut werden.

www.thesocialist.org.au

Schweden: Antifa-Demo

Am 30.9. blockierten 20.000 Demonstrierende das rechtsextreme Nordische Resistance Movement. Die Nazi-Gruppe hatte für eine Demonstration mobilisiert, wurde aber über Stunden umzingelt und musste schließlich mit 35 verhafteten Nazis weniger wieder abziehen. Die Polizei hatte davor Stimmung gemacht mit "Warnungen" vor Unruhen und Gewalt im Rahmen der antifaschistischen Demonstration – während die De-

monstration der Nazis erlaubt worden war. Doch die große Demo zeigte die breite Unterstützung. Rättvissepartiet Socialista (CWI in Schweden) hat die Demonstration zentral mitorganisiert. Wir sind gegen individuelle Gewalt, vertrauen aber auch der Polizei nicht. Stattdessen haben GewerkschafterInnen und antirassistische Organisationen durch Demoschutz für Sicherheit gesorgt.

www.socialisterna.org

Frankreich

In Frankreich wächst die Stimmung gegen Macrons Arbeitsmarktreform. Die Proteste gipfelten im Streiktag am 10.10. im öffentlichen Dienst. Gauche Révolutionnaire (CWI in Frankreich) ist Teil der Bewegung und fordert einen nationalen Aktionsplan ein. Es braucht Versammlungen in Betrieben, Schulen und Nachbarschaften, um zu diskutieren, wie die Bewegung weiterentwickelt werden kann.

gaucherevolutionnaire.fr



100 Jahre Russische Revolution

2017 scheint die Welt am Abgrund. Der Kapitalismus, in dem möglichst hohe Profite über allem stehen, zerstört Mensch und Umwelt. Eine Handvoll Menschen besitzt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, während Hunderttausende

konnten die ArbeiterInnen dem Großkapital die Macht entreißen.

Nach den Zerstörungen des Krieges hatten die ArbeiterInnen in ganz Europa das Vertrauen ins herrschende System verloren. In zahlreichen Ländern, wie Deutsch-

die herrschende Klasse. In Deutschland ließen sie die Aufstände niederschlagen. In Österreich gelang es ihnen, die Rätebewegung zu kontrollieren und den KapitalistInnen die Macht zurückzugeben. Revolutionäre Kräfte, die für die

waffneten Schutz von ganzen Städten gegen weiße Armeen, die eine Militärdiktatur errichten wollten. Und sie verstanden, dass die ArbeiterInnenklasse nicht den kapitalistischen Staat übernehmen kann, sondern ihren eigenen Staat auf Basis der Sowjets aufbauen muss, wenn sie vom Elend befreit werden will.

Eine Lehre, die aktueller nicht sein könnte. Denn immer wieder bringen soziale Bewegungen den Kapitalismus ins Wanken, immer wieder bilden sich Ansätze demokratischer Selbstorganisation, auch und gerade von ArbeiterInnen: die Selbstverteidigungsstrukturen gegen den Putschversuch in Venezuela 2002, die Plenas der bosnischen Protestbewegung 2014 oder jetzt die Selbstverteidigungskomitees der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

Was all diesen Bewegungen fehlt, ist eine Partei wie die Bolschewiki, deren Mitglieder sich durch die Beteiligung bei sozialen Protesten ausbilden und die Anerkennung ihrer KollegInnen gewinnen, während sie mit einer klaren marxistischen Analyse auf den Aufbau eines sozialistischen, rätedemokratischen Systems hinarbeiten.

Die Räteregierung in Russland spielte eine Vorreiterrolle bei Frauenrechten- und LGBTQ+-Rechten, bei Umweltschutz und Vielem mehr. Den Bolschewiki war klar, dass eine Revolution in einem armen und unterentwickelten Land wie Russland nicht allein überleben konnte. Sie versuchten alles, um die ArbeiterInnen anderer Länder bei ihren Revolutionen zu unterstützen. Doch v.a. wegen der Rolle der Sozialdemokratie blieb Russland isoliert, der lange Bürgerkrieg zerstörte das Land weiter. Isolation, Zerstörung und Rückständigkeit waren der Nährboden, auf dem das bürokratische Regime des Stalinismus, der im Widerspruch zum Bolschewismus stand, seinen Aufstieg fand und viele der Errungenschaften wieder zunichte machte.

Doch bis heute hat die Russische Revolution nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt, denn sie hat gezeigt, wie der Kapitalismus beendet werden kann: Durch die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse, durch demokratische Organisation in Betrieben und Stadtteilen, durch konsequenten Internationalismus und mithilfe einer revolutionären Partei.

Manuel Schwaiger

Vor 100 Jahren übernahmen die ArbeiterInnen in Russland selbst die Macht in Staat und Wirtschaft.

an Hunger oder heilbaren Krankheiten sterben. Millionen flüchten vor Krieg und Terror, während die Waffenindustrie fette Profite scheffelt. Umweltkatastrophen und Wetterextreme nehmen zu – die Welt taumelt in eine Klimakatastrophe, doch den Reichen sind ihre Profite wichtiger als Umweltschutz.

Doch bei der Russischen Revolution vor 100 Jahren gelang es, dieses System der Reichen zu beseitigen. Wer heute gegen den Kapitalismus kämpfen will, sollte sich mit diesem Ereignis auseinandersetzen und sowohl aus den Errungenschaften wie aus den Fehlern lernen.

1917 tobte der 1. Weltkrieg – Millionen starben für die Interessen der Banken und Konzerne. In der Folge wurde ganz Europa durch revolutionäre Entwicklungen erschüttert, doch nur in Russland

land, Ungarn, Österreich und Russland, bildeten sich in den Betrieben Sowjets (russisch für Räte), demokratische Versammlungen der ArbeiterInnen. Sie übernahmen oft die Verwaltung ihrer Arbeitsstätten. Gerade in Russland wurde klar, dass der Kapitalismus und sein Staat nicht in der Lage sein würden, das soziale Elend zu überwinden oder auch nur den Krieg zu beenden. So übernahmen die Sowjets immer mehr Aufgaben und begannen Abgeordnete in regionale und landesweite Sowjetkongresse zu entsenden, die jederzeit abwählbar waren und nicht mehr verdienten als ihre KollegInnen.

In den meisten europäischen Ländern behielt die Sozialdemokratie die Führung der Bewegung. Deren AnführerInnen wollten eine Revolution ebenso verhindern wie

Machtergreifung der Räte argumentierten, waren noch zu schwach und unerfahren. Das erwies sich als fatal, denn die Widersprüche des Systems wurden nicht überwunden, sondern traten bald wieder offen zutage. Eine Entwicklung, die in Europa wenige Jahre später zu einer weiteren tiefen Wirtschaftskrise und schließlich zur Machtergreifung des Faschismus führte.

Anders in Russland. Mit der Bolschewistischen Partei gab es eine Organisation von RevolutionärInnen, die sich als Vorhut aller ArbeiterInnen und Unterdrückten verstanden. Ihre Mitglieder erarbeiteten sich in der Revolution von 1905 und danach das Vertrauen ihrer KollegInnen, sie übernahmen wichtige Aufgaben in den Sowjets, koordinierten Streiks und wenn nötig auch be-

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Das frühe 16. Jahrhundert ist eine dramatische Zeit in Deutschland. Die alte Feudalordnung wird morsch und langsam vom modernen Zentralstaat ersetzt. Das Bürgertum steigt auf und Ansätze kapitalistischen Wirtschaft-

In verschiedenen Teilen Europas brechen heftige Bauernaufstände aus. Deren Höhepunkt bildet der deutsche Bauernkrieg von 1525. Hier tritt die eindrucksvolle Gestalt Thomas Müntzers, eine Art Anti-Luther, auf die Büh-

würdigen der alten Kirche, entwickelte sich Luther zum Scharfmacher gegen die Bauernbewegung. Er machte mit seinen vormaligen Erzfeinden, den katholischen Fürsten, gemeinsame Sache und unterstützte die Niederschlagung der Bauern. Dem entgegen stellten die Bauern zum Teil erstaunlich weitgehende soziale Forderungen auf und mussten sich mit zahlreichen wirklichen und vermeintlichen BündnispartnerInnen anderer Klassen auseinandersetzen. Diese ereignisreiche, faszinierende Epoche wird in diesem Buch nachgezeichnet.

Von Fabian Lehr
113 Seiten
8,90 Euro
Manifest Verlag
ISBN 978-3-96156-026-4

Der Bauernkrieg: Antifeudale Revolution in Deutschland – Neues Buch von Fabian Lehr.

tens breiten sich aus. In diese Zeit fällt die Reformation, die die alte Macht der Kirche bröckeln lässt. Aber nicht nur der gegen den sich entwickelnden modernen Staat rebellierende Adel gerät in Bewegung, sondern auch Intellektuelle, die Humanismus und Reformation befördern sowie die bauerlichen Volksmassen.

ne. Er hat religiös-kommunistische Vorstellungen.

Gerade im „Luthergeschehn“ 2017, in der uns der Mönch Martin Luther als Vorkämpfer der modernen deutschen Kultur präsentiert wird, ist eine historische Einordnung notwendig. Denn nach seiner anfänglichen Rebellion gegen die Ehr-

Mein Herz schlägt links

Mein Weg zur SLP beginnt schon in der Kindheit. Meine Eltern vertraten immer schon kommunistische Ansichten und tun dies auch heute noch. So kam ich bereits früh mit antikapitalistischen Gedanken in Berührung. Der Besuch des Volksstimmefestes und später die Demo gegen den Akademikerball waren jährliche Pflichtpunkte.

Das erste Mal, dass ich bewusst von der SLP hörte war allerdings erst auf der

FPÖ Gegendemo in Floridsdorf 2015. Im Internet hatte ich von der Veranstaltung gelesen und mischte mich unter die TeilnehmerInnen. Eine emotionale Rede von einer SLP-Aktivistin sprach mir aus der Seele. Ich fand es gut, dass Antirassismus mit sozialen Themen verbunden wurde und besorgte mir noch vor Ort Infomaterial über die Partei.

Es sollte noch 2 Jahre dauern bis ich mit der Par-

tei Kontakt aufnahm um gegen Kapitalismus, Rassismus und Sexismus aktiv zu werden. Die großen Parteien hatten bei mir bereits mit leeren Versprechungen und der Annäherung an die FPÖ jeden Kredit verspielt und ich bin froh eine sinnvolle Alternative zum sturen Gewohnheitswählen gefunden zu haben, bei der man aktiv werden kann.

Daniel Krongraf, 32,
Krankenpfleger aus Wien

Warum ich der SLP beigetreten bin

Der Kapitalismus verursacht Krisen und funktioniert für den Großteil der Bevölkerung nicht, wie die Geschichte immer wieder gezeigt hat. Trotzdem wird erzählt, wir wären eine Demokratie, obwohl die öffentliche Meinung in den Händen von großen Medien und die Gewaltenteilung inexistent ist. Unsere Regierung ist die Interessensvertretung des Kapitals und interessiert sich nur dafür. Nur

durch die Abschaffung des Kapitalismus kann eine Gesellschaft demokratisch werden!

Ich habe mich mit 14 Jahren entschieden, beizutreten, um gegen den Kapitalismus aktiv zu werden. Hierbei orientiere ich mich an zahlreichen Autoren, die gezeigt haben und zeigen, dass der Kapitalismus nicht alternativlos ist.

Leon Neureiter,
Schüler

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
im 'Cuntra la Cultra'
Grieplatz 5

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café zur Brücke'
Vorstadt 18

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15; Preysingasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheim-
gasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Termine und Veranstaltungen:
www.slp.at

Andere über uns



Das Bezirksblatt Salzkammergut interviewte SLP-Aktivistin Lisa Wawra im Wahlkampf über die Ziele der SLP. Lisa stellte klar, dass es uns nicht nur um Stimmen geht, sondern darum, effektiven Widerstand aufzubauen: um die Schließung der Geburtenstation und der Unfallambulanz in Gmunden rückgängig zu machen, schlägt sie etwa gemeinsame Aktionen von Betroffenen und Beschäftigten vor.

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

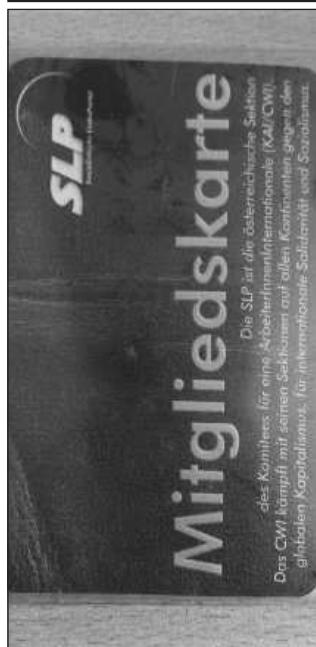
VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000000000000000
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



FPÖ: Immer noch gefährlich!

Die FPÖ ist längst im Establishment eingebunden und dieses übernimmt FPÖ-Politik.

Auch wenn die FPÖ nicht das Ergebnis bekommen hat, das von Umfragen noch vor einem Jahr vorhergesagt wurde (nämlich Platz 1) – die Gefahr, die von ihr ausgeht, ist nicht vom Tisch. Im Gegenteil, rassistische Politik, die uns gegeneinander ausspielt und auf uns herunter tritt, ist von ALLEN anderen Parteien, teilweise im FPÖ-Stil, betrieben worden. Asylverschärfungen, Kürzungen bei der Mindestsicherung, steigende Mieten...

Sozialabbau auf der einen Seite, Zuckerl für die Reichen auf der anderen. Ob Kurz, Kern, Strolz, Lunacek oder Pilz: sie können die FPÖ nicht entzaubern, weil sie schon längst die Forderungen von und mit der FPÖ umsetzen. Egal, welche Farbkombination die neue Regierung nun haben wird – sie wird Angriffe gegen Jugendliche, ArbeiterInnen, Arbeitslose und v.a. Frauen und MigrantInnen weiter und offensiver führen. Egal, ob in der Re-

gierung oder von der Oppositionsbank: Die kommende Zeit wird immer deutlicher zeigen, dass die FPÖ keine „soziale“ Partei, sondern eine der Banken und Konzerne ist. Wenn wir ihre Politik stoppen wollen, dann brauchen wir eine echte Alternative, eine sozialistische Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, die kämpferisch mit der Mehrheit in der Bevölkerung für ihre Interessen eintritt!

Stefan Gredler



Die SLP für sichere Abtreibung

Mehr auf Seite 5



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.